

Zeitschrift: Intercura : eine Publikation des Geriatriischen Dienstes, des Stadtärztlichen Dienstes und der Psychiatrisch-Psychologischen Poliklinik der Stadt Zürich

Herausgeber: Geriatriischer Dienst, Stadtärztlicher Dienst und Psychiatrisch-Psychologische Poliklinik der Stadt Zürich

Band: - (1998-1999)

Heft: 62

Artikel: Zürcher Interventionsprojekt gegen Männergewalt (ZIP) : Unterstützungsangebote für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder in der Stadt Zürich : aktuelle Situation, Bedarf und Empfehlungen

Autor: Maurer, Kathrin / Weingartner, M.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-790070>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürcher Interventionsprojekt gegen Männergewalt (ZIP)

Unterstützungsangebote für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder in der Stadt Zürich

Aktuelle Situation, Bedarf und Empfehlungen

von Kathrin Maurer

zusammengefasst von M. Weingartner*

1997 wurde die erste repräsentative Studie zum Ausmass von Gewalt in Ehe und Partnerschaft in der Schweiz veröffentlicht. Sie hat ergeben, dass jede fünfte Frau zwischen 20 und 60 Jahren, die in einer Partnerschaft lebt, im Laufe ihres Lebens physischer und/oder sexueller Gewalt durch ihren Partner ausgesetzt ist.

In Kenntnis dieser Situation hat der Zürcher Stadtrat bereits Ende 1995 / Anfang 1996 eine Kampagne durchgeführt, um auf die gesellschaftliche Dimension dieser Thematik hinzuweisen und alle Beteiligten aufzurufen, Verantwortung für die Beendigung dieser Form der Gewalt, die sich im privaten Bereich des eigenen "Zuhause" abspielt, zu übernehmen. Mit dem Slogan "Männergewalt macht keine Männer" wurde darauf hingewiesen, dass die Gewalttaten grösstenteils von Männern ausgehen und dass diese dafür zur Verantwortung zu ziehen sind. Damit hat der Stadtrat das Signal für einen längerfristigen Veränderungsprozess gegeben und die Fachstelle Gewalt gegen Frauen und Kinder (Sozialdepartement) sowie das Büro für Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Zürich (Präsidialdepartement) beauftragt, ein Konzept für flankierende Massnahmen zu entwickeln und diese gemeinsam mit den verschiedenen Beteiligten umzusetzen. Aufgrund dieses Auftrages entstand das Zürcher Interventionsprojekt gegen Männergewalt ZIP, das jetzt seit rund zwei Jahren besteht und von den beiden obenerwähnten Stellen getragen wird.

Das ZIP strebt in Kooperation mit staatlichen und privaten Institutionen einen Veränderungsprozess an, mit dem Ziel, bei Gewalt im häuslichen Bereich effektiv zu intervenieren, die Opfer zu schützen und die Täter zur Verant-

* Der ausführliche Bericht kann bestellt werden bei: Fachstelle Gewalt gegen Frauen und Kinder, Amtshaus Helvetiaplatz, Postfach, 8026 Zürich oder Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Zürich, Postfach, 8022 Zürich

wortung zu ziehen. Die Zusammenarbeit und die angestrebten Veränderungen beziehen sich auf die Bereiche Strafrecht, Zivilrecht, polizeiliches Handeln, Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder sowie Massnahmen für gewalttätige Männer. Seit Anfang 1998 nehmen Vertreterinnen und Vertreter aus den mit häuslicher Gewalt befassten staatlichen und nicht-staatlichen Institutionen am "Runden Tisch" teil, der von der Projektleitung ZIP initiiert wurde. Am Runden Tisch werden neue Vorgehensweisen erarbeitet und Vorschläge für die Umsetzung in der jeweiligen Institution entwickelt. Die staatlichen Institutionen wie Polizei, Strafverfolgung und Gericht sind gefordert, ihre Vorgehensweise dahingehend zu verändern, dass die Gewalthandlungen sichtbar gemacht, die Täter geahndet werden und dem Aspekt des Opferschutzes mehr Rechnung getragen wird. Die täterbezogenen Interventionen bedingen jedoch, dass auch das Opfer Beratung und wenn nötig Unterstützung erhält, um den eigenen Schutz sicherzustellen und die Gewalterfahrung zu verarbeiten. Nur so kann längerfristig ein wirksamer Opferschutz erreicht und eine präventive Wirkung staatlicher Interventionen erreicht werden.

Befragung der Institutionen im psychosozialen und medizinischen Bereich

Die Projektleitung des ZIP hat deshalb beschlossen, mittels einer Befragung in der Stadt Zürich das Angebot für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder zu erheben und allfällig bestehende Lücken festzustellen. Die Befragung dient als Grundlage für die weitere Planung, damit neue bedarfsgerechte Unterstützungsangebote entwickelt und realisiert werden können.

Die Befragung wurde mittels einer Fragebogen-Erhebung im Herbst 1997 durchgeführt. Zielgruppen waren einerseits die spezialisierten Institutionen (Frauenhaus, Wohnhaus Violetta, Mädchenhaus, Nottelefon und FIZ) und andererseits Institutionen, die sich mit Ihrem Angebot nicht konkret an gewaltbetroffene Frauen wenden, aber in ihrem Beratungsalltag mit häuslicher Gewalt konfrontiert sind (z.B. Mütterberatungsstellen, Jugendsekretariate, Sozialdienste, kirchliche Beratungsstellen usw.). Die Fragestellungen bezogen sich auf die Angebote der befragten Institutionen, ihre Wahrnehmung des Problems, die Schwierigkeiten im Umgang mit häuslicher Gewalt, die Angebotslücken sowie die Zusammenarbeit zwischen den Institutionen und die Einschätzung des Zürcher Interventionsprojektes gegen Männergewalt. Von 85 Institutionen aus dem psychosozialen und medizinischen Bereich wurden befragt, davon haben 55 den ausführlichen Fragebogen beantwortet.

Ergebnisse der Befragung

Von den 55 antwortenden Institutionen sind 32 der Ansicht, dass Angebotslücken in der Unterstützung gewaltbetroffener Frauen bestehen. 11 Institutionen beurteilen das Angebot als ausreichend, 12 Institutionen konnten die Frage nicht beantworten. Die genannten Lücken beziehen sich im Wesentlichen auf den Mangel an Unterkunftsmöglichkeiten, auf rechtliche Massnahmen, die Finanzierung von Unterstützungsangeboten für einzelne Frauen sowie das fehlende ambulante Beratungsangebot für Frauen, die physische oder psychische Gewalt erlebt haben. Bei der Angebotslücke für Kinder aus Misshandlungsbeziehungen stehen die Prävention und die (rechtlichen) Massnahmen zum Kinderschutz im Vordergrund. Im Bereiche der Massnahmen für gewalttätige Männer werden ebenfalls die Prävention, die rechtlichen Massnahmen sowie die Beratung/Therapie an erster Stelle genannt. Die institutionelle Zusammenarbeit wurde von den befragten Institutionen als gut beurteilt. Am wenigsten Kooperationserfahrungen bestehen mit Institutionen im Rechtsbereich, die gesamthaft betrachtet auch als am unbefriedigendsten beurteilt werden; im Besonderen betrifft dies die Zusammenarbeit mit der Fremdenpolizei.

Die Befragung hat gezeigt, dass bei 80% der befragten Institutionen das ZIP gut bis oberflächlich bekannt ist. Beim Bedarf nach staatlichen Interventionsstrategien sehen die befragten Institutionen den grössten Bedarf bei der Polizei sowie in den Bereichen des Straf- und Zivilrechtes.

Empfehlungen

Auf der Basis der Befragungsergebnisse und unter Berücksichtigung der übergeordneten Ziele des ZIP hat die Projektleitung Empfehlungen formuliert, die aufzeigen, welche Unterstützungsangebote notwendigerweise realisiert werden sollen. Die vorgeschlagenen Empfehlungen können jedoch nicht allein im Rahmen des ZIP umgesetzt werden. Deshalb richtet sie sich ebenso an die an der Befragung beteiligten Institutionen wie an weitere Institutionen und Behörden (Schulen, Ausbildungsstätten, Fürsorgebehörden, Organisationen im Bereiche der Gesundheitsförderung sowie Polizei und Justiz), und nicht zuletzt richtet sie sich an politisch Tätige, die massgeblich dazu beitragen können, dass die Verminderung und Vorbeugung von häuslicher Gewalt in der Stadt Zürich hohe Priorität hat.

Die folgenden aufgelisteten Empfehlungen sind im Bericht zur Befragung ausführlich dargestellt.

Unterstützungsangebote für gewaltbetroffene Frauen

- Gewährleistet werden muss ein *ambulantes Betreuungsangebot* für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen, das bei einer vorläufigen Festnahme des Mannes binnen 24 Stunden abgerufen werden kann. Die Beratung soll die unmittelbare Krisenintervention sowie die Klärung und Einleitung der weiterführenden Unterstützung der Frauen beinhalten.

Überprüft werden muss das Angebot der *Notunterkünfte und begleiteten Wohnmöglichkeiten für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder*. Insbesondere braucht es Angebote für spezifische Zielgruppen, die im Frauenhaus nicht aufgenommen werden können oder deren Aufenthalt dort bisher nicht finanziert wird (Frauen mit Suchtproblemen, Psychiatriepatientinnen, asylsuchende Frauen und vorläufig Aufgenommene).

- Zur Unterstützung von Migrantinnen sind Institutionen, die sich nicht spezifisch an diese Zielgruppen wenden, gefordert, *ihre Angebote besser auf die Lebensumstände und Bedürfnisse von Migrantinnen auszurichten*. Insbesondere soll Migrantinnen eine kostenlose Übersetzung und bei Bedarf kulturelle Vermittlungsstelle zur Verfügung gestellt werden, damit sie die bestehenden Angebote besser nutzen können.
- Geprüft werden soll die Realisierung von *Unterstützungsgruppen* für gewaltbetroffene Frauen, die ihnen eine Auseinandersetzung mit ihrer Gewalterfahrung und die gegenseitige Unterstützung in einer Gruppe mit gleichbetroffenen Frauen ermöglichen.

Unterstützungsangebote für Kinder

- *Die Mitbetroffenheit der Kinder bei häuslicher Gewalt gegen Frauen muss bei neuen Interventionsstrategien berücksichtigt werden*. Im Rahmen des ZIP sollen die Vernetzung und der Austausch mit Institutionen und Gremien im Bereich des Kinderschutzes gewährleistet werden.

Massnahmen für gewalttätige Männer

- Im Rahmen des ZIP soll *ein soziales Trainingsprogramm für gewalttätige Männer* realisiert werden.

Das ZIP hat das mannebüro zürich beauftragt, ein Grobkonzept für ein soziales Trainingsprogramm für gewalttätige Männer zu erarbeiten. Diese Massnahme ist sowohl bei Polizei und Justizbehörden als auch bei den Unterstützungsinstitutionen auf grosses Interesse gestossen. Das Grobkonzept wird demnächst fertiggestellt werden und als Grundlage für die Weiterentwicklung (Feinkonzept) und Realisierung des sozialen Trainingsprogrammes dienen. Die Konkretisierung des Programmes soll in

Zusammenarbeit mit dem mannebüro zürich und dem Sozialdienst der Justizdirektion des Kantons Zürich angegangen werden.

- Geprüft werden sollen weitere *Angebote für gewalttätige Männer im Bereich der Beratung und Therapie*

In diesem Bereich gibt es bisher in der Stadt Zürich erst wenige spezifische Angebote für gewalttätige Männer. Grundsätzlich muss in der Täterarbeit von einem Bedarf nach neuen Konzepten und Angeboten sowie nach evaluierten Erfahrungen ausgegangen werden. Berücksichtigt werden muss dabei allerdings die Frage nach der Motivation der Männer, freiwillige Angebote zu benützen.

Gemäss Umfrage besteht bei den Unterstützungsinstitutionen insbesondere der Bedarf nach kultur- und sprachspezifischen Angeboten für Migranten. Selbstverständlich braucht es auch bei den Massnahmen für die gewalttätigen Männer Angebote, die auf die spezifische Situation von Migranten ausgerichtet sind. Es soll an dieser Stelle jedoch nochmals darauf hingewiesen werden, dass häusliche Gewalt kein kulturspezifisches Problem ist. Wie in- und ausländische Studien belegen, haben Faktoren wie Schichtzugehörigkeit, Nationalität oder Religion keinen relevanten Einfluss auf das Vorkommen häuslicher Gewalt.

Da sich das ZIP auf neue Interventionsstrategien im rechtlichen Bereich konzentriert, steht die Entwicklung von freiwilligen Beratungs- und Therapieangeboten nicht zur Diskussion. Das ZIP unterstützt jedoch Initiativen von anderen Institutionen und Fachpersonen, die eine Weiterentwicklung der Angebote im Bereich der freiwilligen Täterarbeit zum Ziel haben.

- Geprüft werden sollen Unterkunftsmöglichkeiten für gewalttätige Männer, die die Wohnung verlassen müssen.

Einzelne Institutionen haben die Schaffung eines Männerhauses für schlagende Männer vorgeschlagen. Die Projektleitung des ZIP erachtet ein solches Angebot jedoch nicht als sinnvoll, da nicht von einer Motivation gewalttätiger Männer ausgegangen werden kann, sich in einem Männerhaus mit ihrer Gewalttätigkeit auseinanderzusetzen. Für Männer, die aus der Wohnung weggewiesen werden, gibt es in der Stadt Zürich Institutionen (Männerheime oder auch Pensionen), die Unterkunftsmöglichkeiten anbieten, bis eine andere Wohnlösung gefunden wird. Im Rahmen des ZIP soll geprüft werden, wie mit diesen bestehenden Einrichtungen zusammengearbeitet werden kann.

Weitere Massnahmen

- Neue Interventionsstrategien und -massnahmen im *rechtlichen Bereich* müssen entwickelt und umgesetzt werden, um einen *besseren Opferschutz* für von häuslicher Gewalt betroffene Frauen und ihre Kinder zu erreichen und gewalttätige Männer konsequent zur Verantwortung zu ziehen.
- Angestrebt werden muss eine *bessere Vernetzung* zwischen den in Fällen häuslicher Gewalt involvierten Institutionen und Fachpersonen. Insbesondere soll die Zusammenarbeit zwischen den spezialisierten Einrichtungen im Bereich Gewalt gegen Frauen und den staatlichen Institutionen wie Polizei, Justiz- sowie Sozialbehörden verbessert werden. Des Weiteren müssen Institutionen und Fachpersonen aus dem Gesundheitsbereich längerfristig in das ZIP einbezogen werden.
- Durch gezielte *Öffentlichkeitsarbeit* muss die Sensibilisierung der breiten Öffentlichkeit sowie spezifischer Zielgruppen für das Problem der Männergewalt im häuslichen Bereich erhöht und der politische Druck für gesellschaftliche Veränderungen verstärkt werden. In Zusammenarbeit mit anderen Institutionen und Fachpersonen sollen vermehrt Projekte im Bereich der *Prävention* angeregt und gefördert werden.
